



Inhalt Februar 2013

Seite 1

FRAUEN IN DER RECHTEN SZENE

Podiumsdiskussion in Hildesheim debattierte über ein eher wenig beachtetes Thema

WETTBEWERB „DIE GELBE HAND“

Jury trifft sich am 21. Februar in Düsseldorf

Seite 2

„HÖCHST BEFREMDLICHES URTEIL“

Dresdner Amtsgericht verhängt 22 Monate ohne Bewährung gegen Anti-Nazi-Demonstranten

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS

Veröffentlichung der DGB-Jugend

NEONAZO-AUFMARSCH VERHINDERT

Auch dieses Jahr friedliche Blockaden in Dresden

Seite 3

„MACH MEINEN KUMPEL NICHT AN“ IN DEN SCHULEN INSTITUTIONIEREN

Martin Sieber im Gespräch mit Viola von Cramon MdB Bündnis90/Die Grünen

STREIKENDE BELEGSCHAFT GEGEN ANBIEDERUNG DER NPD

Arbeitskampf bei Neupack in Hamburg und Rotenburg

Seite 4

BGH-URTEIL

Kontokündigung rechtens

VIelfalt VERBINDET

Partnervereinbarung zwischen Integrationsministerium NRW und Rheinbahn

FRAUEN IN DER RECHTEN SZENE

Podiumsdiskussion in Hildesheim debattierte über ein eher wenig beachtetes Thema



Brigitte Pothmer diskutiert mit Giovanni Pollice

„Kriegerin oder Kümmerin?“ war der Titel einer Podiumsdiskussion, die am 23. Januar 2013 in Hildesheim stattfand. Über die Rolle der Frauen in der Neonazi-Szene diskutierten der Vorsitzende des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an“, Giovanni Pollice, und die Journalistin Andrea Röpke, die im letzten Jahr ein Buch zum Thema Frauen in der rechten Szene veröffentlicht hat. Moderiert wurde die Diskussion von der Bundestagsabgeordneten Brigitte Pothmer (Bündnis 90/ Die Grünen). Veranstalter waren der Kumpelverein und die Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen.

Andrea Röpke erläuterte mit Bezug auf den Tagungstitel, dass Frauen in der rechten Szene einerseits oft noch extremer und rassistischer denken als Männer und sie andererseits durch Engagement in Schulen, Kitas oder Vereinen versuchen, Akzeptanz und Einfluss zu gewinnen. Es sei auch zu beobachten, dass immer häufiger Kinder zu Veranstaltungen von Neonazis mitgenommen werden. In einigen kleinen Orten im Harz oder in der Heide – so Röpke – sei die Zahl extremistisch geprägter Kinder in Tagesstätten und Grundschulen ein Problem für die Erzieherinnen und Erzieher. Manche Schulleitungen neigen dazu, das

schönzureden oder zu verschweigen, um einen Imageschaden zu vermeiden. Giovanni Pollice griff die Frage auf, wie es gelingt, dass rechtsextreme Frauen den Eindruck vermitteln können, dass sie sich um etwas kümmern. Er erinnerte an den Aufbau rechtsextremer Strukturen in Ostdeutschland nach der Wende. Die Neonazis konnten da in Leerräume stoßen und fanden in einigen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung auch mangels anderer Angebote Zulauf,

der nicht unbedingt mit der ideologischen Ausrichtung zu tun hatte. Das Kümern war der Ansatz, um die Menschen völkisch zu indoktrinieren. Deshalb sei klar: Der Staat dürfe sich nicht zurückziehen und den Rechten Räume überlassen, sondern müsse die demokratischen Kräfte und die Zivilgesellschaft auch finanziell unterstützen. Pollice: „Demokratie muss jeden Tag verteidigt werden.“

Kümern – so Giovanni Pollice – habe aber auch noch eine ganz andere Dimension. Wenn bei den Menschen die Zukunftsangst wächst, wächst auch die Neigung, sich den scheinbar einfachen Lösungen der Rechten zuzuwenden. Ein Grund dafür, dass Fremdenfeindlichkeit in der Mittelschicht angekommen ist – so Pollice – liegt auch in den Ängsten vor einem sozialen Abstieg. Zum Kampf gegen Rechts gehört aus seiner Sicht auch eine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die es den Menschen ermöglicht, ihr Leben ohne permanente soziale Ängste leben zu können.

WETTBEWERB „DIE GELBE HAND“

Jury trifft sich am 21. Februar in Düsseldorf

Allmählich wird es spannend. Am 31. Januar 2013 war Einsendeschluss für den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2012/ 2013. Knapp 115 Beiträge sind eingegangen. Filme, Songs, Plakate, Dokumentationen von Projekttagen. Beteiligt haben sich Betriebe, Verwaltungen, Berufsschulen, Gruppen der Gewerkschaftjugend sowie einzelne Berufsschülerinnen und -schüler und Azubis. Am 21. Februar 2013 trifft sich die Jury, der Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, der Preisstifter und von Antirassismusorganisationen angehören, in Düsseldorf, um über die

Preise zu entscheiden. Das wird ein hartes Stück Arbeit. Denn – so war zu hören – preisverdächtig sind eigentlich alle Beiträge. Die Preisverleihung findet dann am 22. März im DGB-Haus in Stuttgart statt. Der Vorsitzende der EVG und Schirmherr des diesjährigen Preises, Alexander Kirchner, wird anwesend sein. Der andere Schirmherr, Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann, wird durch den Minister für den Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten, Peter Friedrich, vertreten werden.



„HÖCHST BEFREMDLICHES URTEIL“

Dresdner Amtsgericht verhängt 22 Monate ohne Bewährung gegen Anti-Nazi-Demonstranten



Foto: DGB-Jugend

Mitte Januar 2012 wurde der 36-jährige Berliner Tim H. vom Amtsgericht Dresden zu 22 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Ihm war vorgeworfen worden, bei der Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch am 19. Februar 2011 per Megafon den Durchbruch einer Polizeikette organisiert zu haben. Verurteilt wurde er wegen Körperverletzung, besonders schweren Landfriedensbruch und Beleidigung. Laut Staatsanwaltschaft habe Tim H. „wohl selbst keine Gegenstände geworfen oder Polizeibeamte getreten“. Durch das „Aufwiegeln und Anführen der Menge via Megafon“ habe er „einen Tat-

beitrag“ geleistet und sei deshalb für Körperverletzungen mitverantwortlich. Auf dem Polizeivideo war lediglich die Aufforderung, nach vorne zu kommen zu hören. Ob der Mann am Megafon Tim H. war, ist so sicher nicht. Der ursprüngliche Hauptbelastungszeuge, ein Anwohner, der das Geschehen von seinem Balkon aus beobachtet hatte, erklärte, dass der Mann, den er gesehen hatte, nicht Tim H. war. Auch vier Polizisten, die aussagten, konnten keine Angaben zum Mann mit dem Megafon machen. Als „höchst befremdlich“ bewertete Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) das Urteil.

Er hatte sich seinerzeit ebenfalls an den Protesten gegen den Nazi-Aufmarsch beteiligt. Gegenüber der Frankfurter Rundschau erklärte der sozialdemokratische Politiker: „Einem Angeklagten ausdrücklich die Taten Anderer anzurechnen und ihn gewissermaßen stellvertretend zu einer knapp zweijährigen Gefängnisstrafe zu verurteilen, ist schon sehr irritierend.“ Und er verwies darauf, dass das Dresdner Landgericht dagegen die Mitglieder der Neonazigruppe Sturm 34, der schwere Körperverletzung und Sachbeschädigung nachgewiesen worden war, lediglich zu Bewährungsstrafen verurteilt

habe. „Das sind schon eigentümliche Dresdner Justizverhältnisse.“ Irritierend ist im übrigen auch der Satz, mit dem Amtsrichter Hans-Joachim Hlava seine Urteilsbegründung einleitete: „Irgendwann hat die Bevölkerung in Dresden es mal satt.“ Die DGB-Jugend hat sich mit Tim H. solidarisiert. Dies haben die Hauptamtlichen der DGB-Jugend auch gleich auf einem Foto festgehalten. Entstanden ist es am 29. Januar anlässlich einer Tagung in Hattingen. Es zeigt die Hauptamtlichen der DGB-Jugend, die mit ihrem Solidaritätsfoto auch gegen sächsische Zustände protestieren wollten.

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS

Veröffentlichung der DGB-Jugend



Die DGB-Jugend hat vor kurzem einen Informationsflyer zum Thema „Antimuslimischer Rassismus“ veröffentlicht.

Rassismus gegenüber Muslimen hat sich seit dem 11. September 2001 in Deutschland deutlich verstärkt. Was bei Rassismus oder generell zu beobachten ist – ein Ankommen in der Mitte der Gesellschaft – gilt hier besonders: „Der Anstieg antimuslimischer Ressentiments vollzieht sich nicht am vermeintlich rechten Rand der Gesellschaft, sondern mittendrin – insbesondere bei Personen mit höheren Einkommen. Auch eine höhere Bildung oder politisch eher linke Positionen wirken islamfeindlichen Vorurteilen kaum entgegen.“ Dies ergibt sich aus einer Studie, die Ende 2011 an der Universität Bielefeld veröffentlicht wurde. So wird dem Islam ohne auf seine vielfälti-

gen Ausprägungen zu blicken per se Rückständigkeit unterstellt. Dem gegenüber steht dann die vermeintliche Moderne und Aufgeklärtheit (christlich-) westlicher Gesellschaften. Dieser Gegensatz „Wir“ und „das Andere“ – was auch Gut und Böse gleichkommt – ist auch dann ein typisches Merkmal für rassistische Stereotypen, wenn es mit Bezug auf Menschenrechte unterfüttert wird. Vor diesem Hintergrund klärt der Infolyer auf, informiert und gibt Argumente an die Hand, wie auf Vorurteile reagiert werden kann. Und natürlich kommen auch Kolleginnen und Kollegen zu Wort, die – mal mehr, mal weniger gläubig – einen muslimischen Hintergrund haben. Das achtseitige Informationsfaltblatt im Format DIN A4 kann im Internet heruntergeladen werden unter <http://www2.dgb-jugend.de/dgb-jugend/broschueren> Dort sind auch Bestellungen für Printexemplare möglich (Preis pro Stück: 5 Cent)

NEONAZI-AUFMARSCH VERHINDERT

Auch in diesem Jahr friedliche Blockaden in Dresden

Bis zu 4.000 Gegendemonstranten haben am 13. Februar durch friedliche Blockaden verhindert, dass Neonazis ihren martialischen Aufmarsch in Dresden durchführen konnten. Damit waren die Aktionen, zu denen auch die DGB-Jugend aufgerufen hatte, zum vierten Mal in Folge erfolgreich. Veranstalter der Blockaden war das Bündnis „Dresden nazifrei“.

Über die geplante Marschrute der Rechten bestand lange Zeit Unklarheit. Die Stadtverwaltung hatte auch keinen zentralen Anreisepunkt für die Neonazis benannt. Etwa 500, die am Dresdner Hauptbahnhof angekommen waren, wurden blockiert und kamen da nicht weg. Eine andere Gruppe von etwa 200 Rechten wollte vom Bahnhof Dresden-Strehlen aus die Stadt erreichen. Von einem kleinen Polizeiaufgebot geschützt wurden die Rechten auf ihrem Weg in die Innenstadt von Gegendemonstranten verfolgt. In der Nähe des Dy-

namo-Stadions ging es nicht weiter, weil rund 2000 Nazi-Gegner den Weg versperrten. Die Rechten waren nun gemeinsam mit der Polizei eingekesselt. Die Polizei versuchte nicht, den Kessel aufzubrechen. Kurz nach 22.00 Uhr machten die Gegendemonstranten Platz und die Nazis konnten abziehen. Insgesamt verliefen die Aktionen friedlich und die rund 3.500 Polizisten wirkten deseskalierend. Polizeipräsident Dieter Kroll hatte im Vorfeld erklärt, der Schutz der rechten Demo sei „keine unbegrenzte staatliche Aufgabe“ und ergänzte: „Wir werden für Nazis nicht kämpfen.“ Am Nachmittag des 13. Februar wurde wieder – wie seit 2010 – eine Menschenkette um die Innenstadt gebildet, um an die Opfer der Bombardierung der Stadt durch alliierte Streitkräfte 1945 zu erinnern und gegen die versuchte Vereinnahmung des Gedenkens durch Rechte zu protestieren. Die Menschenkette wird von der Stadt veranstaltet.

„MACH MEINEN KUMPEL NICHT AN“ IN DEN SCHULEN INSTITUTIONIEREN

Martin Sieber im Gespräch mit Viola von Cramon MdB Bündnis90/Die Grünen



Foto: Viola von Cramon

Viola von Cramon ist Sprecherin für EU-Außenbeziehungen der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und sitzt im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie stellvertretend im Auswärtigen Ausschuss. Zudem ist sie Sportpolitische Sprecherin der Fraktion und im Sportausschuss vertreten. In ihrem Wahlkreis Norder-Heim, Goslar, Osterode und anderen Regionen Südniedersachsens setzt sie sich gezielt für die Stärkung von Initiativen gegen Rechts ein.

aktiv gegen Rassismus: Auf der Veranstaltung „Eine andere Flüchtlingspolitik für Niedersachsen“ am 15. November 2012 mit Filiz Polat, LT Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, in Goslar, hat sie sich entschlossen unseren Verein in Zukunft

als Fördermitglied zu unterstützen. Zuerst einmal herzlich willkommen im Club. Kannten Sie den Verein bereits vorher und welche Berührungspunkte hatten Sie bereits mit uns?

Viola von Cramon: Ich habe die Aktivitäten von „Mach meinen Kumpel nicht an“ bereits in der Vergangenheit aufmerksam verfolgt. Die „Gelbe Hand“ ist mir als eine der ältesten antirassistischen Initiativen bekannt, die in Deutschland Rassismus und Rechtsextremismus zu einer Zeit thematisiert hat, wo das gesamtgesellschaftliche Problembewusstsein noch sehr viel geringer war als heute.

Gemeinsam mit Ihren Bundestagskolleginnen Monika Lazar und Undine Kurth organisieren Sie seit Jahren länderübergreifend die Veranstaltung „Der Harz soll bunt bleiben“. Warum ist es gerade in solchen strukturschwachen Regionen so wichtig, sich präventiv gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einzusetzen?

Rechtsextreme Gruppen und Parteien versuchen auch im Harz, über die Grenzen der Bundesländer Niedersachsens, Sachsen-Anhalt

und Thüringen hinweg, weiter Fuß zu fassen. Hinter dem braven und bürgernahen Auftreten verbergen sich mitunter militante und gewaltbereite Neonazis. Diese versuchen die gesellschaftlichen Räume zu nutzen, um ihre menschenverachtende Propaganda zu verbreiten. Insgesamt muss Präventionsarbeit – z. B. in Schulen, Kindergärten, Betrieben und Sportvereinen – ausgebaut werden. Gerade in ländlichen Regionen müssen wir breite zivilgesellschaftliche Bündnisse gegen Rechts stärken.

Vor kurzem wurde eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht, die besagt, dass gerade in den neuen Bundesländern der Rechtsextremismus gravierend zugenommen hat. Wie sollte man Ihrer Meinung nach gemeinschaftlich vorgehen, um dieses wieder einzudämmen?

Die Aufdeckungen um die Mordanschläge haben gezeigt, dass das Problem Rechtsextremismus sehr viel mehr als ein ostdeutsches Problem ist. Letztlich müssen wir aus dem institutionellen Versagen der Sicherheitsbehörden aber auch von Teilen der Politik lernen und an die Ursachen herangehen. Mit meiner

Fraktion im Bundestag setze ich mich dafür ein, dass wir zusammen mit den Ländern ein unabhängiges „Institut Demokratieförderung“ gründen. Denn Erkenntnisse und Analysen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft müssen stärker als bisher auch von den Sicherheitsbehörden berücksichtigt werden. Zudem müssen Staat, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft für die Auseinandersetzung mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen stärker zusammenarbeiten.

„Mach meinen Kumpel nicht an“ setzt sich vorrangig in Berufsschulen, in Jugendvertretungen und in Betriebsräten sowie Vertrauenskörpern präventiv für diese Thematik ein. Könnten Sie sich vorstellen, in einer möglichen Regierungsbeteiligung ihrer Partei, solch eine Art Präventionsarbeit verpflichtend in Schulen zu installieren?

Ja - selbstverständlich sollten wir versuchen, diese Arbeit „Mach meinen Kumpel nicht an“ in den Schulen und Bildungseinrichtungen zu institutionalisieren, stärker mit in die Lehrpläne aufzunehmen und damit auch präventiv zu wirken.

STREIKENDE BELEGSCHAFT GEGEN ANBIEDERUNG DER NPD

Arbeitskampf bei Neupack in Hamburg und Rotenburg

Seit dem 1. November 2012 stehen Beschäftigte des Herstellers von Lebensmittelverpackungen Neupack an den Standorten Hamburg und Rotenburg (Wümme) in einem Erzwirkungsstreik für einen Haustarifvertrag. Gut ein Jahr lang haben die rund 200 Beschäftigten und der Betriebsrat mit Hilfe der zuständigen IG BCE versucht, über eigentlich normale Arbeitsbedingungen bei Neupack zu verhandeln. Viele Beschäftigte haben seit Jahren keine Lohnerhöhung mehr erhalten, für gleiche Arbeit werden unterschiedliche Stundenlöhne gezahlt, Urlaub und Zuschläge werden unterschiedlich und willkürlich gewährt. (Streikinfos: <http://www.hamburg-harburg.igbce.de>)

Die Solidarität in der Region ist immens. Als zum Beispiel Betriebsratsvorsitzender Murat Günes bei einem Seminar vor 150 Beschäftigten von Mercedes Bremen über den Streik berichtete, machten sich

die 150 Kolleginnen und Kollegen sofort auf den Weg nach Rotenburg und bekundeten ihre Solidarität. Vermeintliche Unterstützung gab es auch von gänzlich ungebetener Seite, nämlich der NPD. Die redete mit markig antikapitalistisch aufgepeppten Sprüchen von „nationaler Solidarität“ – und dies bei einer Belegschaft, deren Herkunftsländer Türkei, Polen, Griechenland, Kasachstan, Russland, Bulgarien und Tschechien sind. Die Streikenden und ihre Gewerkschaft haben sich heftig dagegen verwahrt, auch mit dem Hinweis darauf, dass die DGB-Gewerkschaften sich seit über 25 Jahren in dem gewerkschaftlichen Verein „Mach' meinen Kumpel nicht an!“ engagieren. **Für den Kumpelverein dankte dessen Vorsitzender, Giovanni Pollice, für die klare Haltung der Streikenden und sicherte ihnen die Solidarität des Kumpelvereins auch für**



Foto: IG BCE. Mit der „Gelben Hand“ protestieren die Neupack-Beschäftigten gegen die Anbiederungsversuche der NPD

ihren Kampf um menschen-gerechte Bezahlung zu.

Anlass für die Anbiederung der NPD war auch die Tatsache, dass das Unternehmen Streikbrecher einsetzt, die aus Polen herangekarrt wurden. Es gibt übrigens auch jeweils rund zwei Dutzend Beschäftigte aus den Bereichen Gewerbliche und Angestellte, die sich nicht am Streik beteiligen, mithin Streikbrecher sind. Auch sie sind interkul-

tuell aufgemischt. Die Linie verläuft also nicht unterschieden nach der Herkunft. Entscheidend ist der Streikbruch oder der Streikbrecher, den der amerikanische Schriftsteller Jack London klassisch so definiert hat: „Nachdem Gott die Klapperschlange, die Kröte und den Vampir geschaffen hatte, blieb ihm noch etwas abscheuliche Substanz übrig, und daraus machte er einen Streikbrecher.“

BGH-URTEIL

Kontokündigung rechtens

Mitte Januar 2012 hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden, dass eine Bank einem rechtsextremen Versandhandel das Girokonto kündigen darf, ohne diese Kündigung im Einzelnen begründen zu müssen. Damit hat die betroffene Commerzbank vom zuständigen XI. Zivilsenat letztinstanzlich Recht bekommen. Sie hatte im Jahr 2009 einem Versandhandel, der rechtsextreme Literatur und Teile von Wehrmachtsuniformen vertreibt, das Konto gekündigt. Begründet wurde dies mit „grundsätzlichen Erwägungen“. Das Gericht begründete das Urteil damit, dass die Commerzbank als privates Unternehmen – anders als zum Beispiel die öffentlich-rechtlichen Sparkassen – nicht verpflichtet sei, den Gleichbehandlungsgrundsatz mit anderen Kunden zu beachten.

VIelfalt VERBINDET

Partnervereinbarung zwischen Integrationsministerium NRW und Rheinbahn



Pressekonferenz nach der Unterzeichnung der Partnervereinbarung zwischen dem Integrationsministerium NRW und der Rheinbahn. Von links nach rechts: Arbeitsdirektor Klaus Klar, Christian Staudinger-Napp, Interkultureller Ansprechpartner, Integrations-Staatssekretär Zülfiye Kaykin und Dietmar Stoffels, Abteilungsleiter Personalentwicklung
Foto: Rheinbahn

Am 7. Januar 2013 haben das nordrhein-westfälische Integrationsministerium und die Düsseldorfer Rheinbahn AG die Partnervereinbarung „Vielfalt verbindet. Interkulturelle Öffnung als Erfolgsfaktor“ unterzeichnet. Für die Landesregierung nahmen der Minister für Arbeit, Integration und Soziales, Guntram Schneider und Staatssekretärin Zülfiye Kaykin an der Unterzeichnung teil, die Rheinbahn wurde durch Arbeitsdirektor Klaus Klar vertreten. Die Rheinbahn will die Vereinbarung mit der Landesregierung nutzen, um die interkulturellen Kompetenzen der Beschäftigten durch entsprechende Fortbildungsangebote weiter zu entwickeln. Das Integrationsministerium bietet unter anderem in Workshops eine Plattform zum Informationsaustausch mit anderen Partnern. Die Partnervereinbarung ist Teil der Landesinitiative „Mehr Migrantinnen und Migranten in den Öffentlichen Dienst – Interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung“. Die Landesregierung möchte mit dieser Initiative darauf hinwirken, den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in allen Bereichen der Arbeitswelt zu erhöhen. Letztlich ist es das Ziel, dass sich in der Beschäftigtenstruktur die Zusammensetzung der nordrhein-westfälischen Bevölkerung widerspiegelt. Guntram Schneider: „Die Landesverwaltung hat sich mit dem Teilhabe- und Integrationsgesetz selbst zur interkulturellen Öffnung verpflichtet. Neben Behörden und Verbänden wollen wir auch privatwirtschaftliche Unternehmen für dieses Ziel gewinnen. Deshalb freue ich mich sehr, dass sich die Rheinbahn unserer Initiative anschließt. Gerade große Unternehmen wissen, dass Vielfalt ein Erfolgsfaktor ist. Und sie wissen auch, dass die Potenziale aller Bevölkerungsgruppen gebraucht werden, um in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben.“ Für Klaus Klar fügt sich die Beteiligung am Projekt in die Unternehmenspolitik: „Wir be-

trachten die Förderung von Teilhabe, Antirassismus, interkultureller Verständigung und partnerschaftlichem Verhalten im Arbeitsleben und auch darüber hinaus seit vielen Jahren als Selbstverständlichkeit und als eine dauerhafte Verpflichtung, bei der wir nicht nachlassen werden. „Die Landesregierung hatte zuvor bereits Partnervereinbarungen mit dem Caritasverband für den Kreis Unna, dem Landesverband der Volkshochschulen von NRW, dem Kreis Soest, der Stadt Duisburg, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband in NRW, dem Kreis Lippe und der Bezirksregierung Arnsberg unterzeichnet.

Impressum:

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Volker Roßocha, DGB
Bernd Vallentin, ver.di
Kai Venohr, DGB-Bildungswerk
Holger Vermeer, IG BAU

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

KOORDINATION

Dr. Klaudia Tietze

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE, Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

WEB

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40 800 900

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. Unter anderem auch **Dr. Silke Lesemann, MdL Niedersachsen**. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. Michael Blank, IG BCE, BR-Mitglied Fa. Continental Reifen, Hannover
2. Murat Dogan, IG BCE, Dinslaken
3. Prof. Dr. Martina Eckert, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Witten
4. Waltraud Friedemann, ver.di, Mitglied im Kreistag des Landkreises Hildesheim, Alfeld
5. Benno Henschen, IG BCE, Mitglied des Interkulturellen Arbeitskreises, Duisburg/Moers
6. Gaby Hübner, IG BCE, stellvertretende Bezirksleiterin, Bezirk Nordostbayern, Weiden
7. Rimma Kadyrbayeva, Düsseldorf
8. Maik Klingberg, Groß Twülpsted
9. Dr. Silke Lesemann, ver.di, MdL Niedersachsen, Sehnde
10. Hans Jürgen Licht, ver.di, stellv. Gesamtpersonalratsvorsitzender Stadt Hannover, Ratsherr der Stadt Lehrte, Lehrte
11. Christian Lips, ver.di, Hannover
12. Manfred Maertzke, ver.di, ACE, Hamburg
13. Albert Müller, GEW, Oberhausen
14. Hartmut Müller, IG BCE, Mitglied des Vertrauenskörpers Fa. Meteor Gummiwerke, Bockenem
15. Ali Özbay, IG BCE, Mitglied des Interkulturellen Bundesarbeitskreises, Marl
16. Lothar Rudolf, Respekt! Kein Platz für Rassismus, Frankfurt
17. Harry Schimkus, IG BCE, BR-Mitglied Fa. Karl Finke, Wuppertal
18. Aman Yoseph, IG BCE, Sekretär zur Ausbildung, z. Z. Bezirk Freiburg

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice
Vorstandsvorsitzender